

Nummer: 3852790253

Weblink: <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/103629/Bessere-Bedingungen-fuer-Frauen-in-ehrenamtlichen-Gremien-gefordert>

Bessere Bedingungen für Frauen in ehrenamtlichen Gremien gefordert

Berlin – Mit der Frage, wie mehr Frauen in die Führungsebenen der Spitzenorganisationen des Gesundheitswesens gelangen können, hat sich der Gesundheitsausschuss des Bundestags befasst.

Grundlage war ein Antrag der Grünen aus dem Oktober des vergangenen Jahres. Die Expertinnen und Experten diskutierten im Ausschuss auch über die Gründe für wenig Frauenbeteiligung in Gremien und darüber, ob Quoten eine gesetzliche Möglichkeit sein sollte.

Die Vorsitzende der KV Schleswig-Holstein, Monika Schlifke, stellte für den vertragsärztlichen Bereich zwei verschiedene Ebenen dar: So sei die Quote von Führungsjobs in der Verwaltung der Kassenärztlichen Vereinigung auf der Ebene der Abteilungsleiter fast paritätisch. Auch setze die KV als Arbeitgeber auf Förderung von Frauen in verschiedenen Hierarchieebenen.

Anders bei den ehrenamtlichen Gremien der Vertragsärzte: „Hier ist es oft für Frauen schwierig, die Gremienarbeit mit dem Beruf als Ärztin sowie mit der Familie zu verbinden“, erläutert Schlifke. Die Sitzungszeiten der KV-Gremien seien mit den Abendstunden sowie am Mittwochnachmittag nicht immer familienfreundlich. Als beste Möglichkeit, auch jüngere Frauen für das Engagement zu gewinnen, sieht sie die „persönliche Ansprache.“ In Gremien der Selbstverwaltung hält Schlifke die Umsetzung einer Quote für eher schwierig, bei der KV-Verwaltung sei dies aber möglich.

Katherine Grabolle von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) geht davon aus, dass sich der Anteil der Ärztinnen weiter erhöhen wird und dies dazu führt, dass sich auch mehr Frauen berufspolitisch engagieren und in den Führungspositionen des Gesundheitswesens vertreten sein werden.

Mehr Ärztinnen in Kammergremien

Im Bereich der Ärztekammern habe es in den vergangenen Jahren eine deutliche Steigerung von Ärztinnen in den Gremien gegeben, berichtet Annette Güntert, stellvertretende Hauptge-

schaftsführerin der Bundesärztekammer. Und im Vergleich zum Zeitpunkt der parlamentarischen Anfrage der Grünen-Abgeordneten Kristin Kappert-Gonthar habe sich die Zahl der Frauen in den ärztlichen Vorständen noch einmal erhöht.

Bei den Kammerwahlen, deren Ergebnisse für 2019 bekannt wurden, seien besonders in Baden-Württemberg die Quoten deutlich erhöht. So seien vor der Wahl neun Prozent Frauen in den Vorständen vertreten gewesen, nach der Wahl 36 Prozent. Vor allem in der Bezirksärztekammer Nordbaden habe man inzwischen Parität erreicht.

Auch nach der Wahl in der Landesärztekammer Berlin sei der Anteil der Frauen deutlich von 20 Prozent auf 45 Prozent im Spitzengremium erhöht. Ähnliches auch bei der Landesärztekammer Thüringen sowie Schleswig-Holstein, die beide nun 43 Prozent Ärztinnen im Vorstand haben.

In den meisten Kammern sei „die Luft nach oben extrem offen“, sagte Güntert. Viele Kammern hätten nach der Anfrage der Grünen begonnen, „effektive Maßnahmen“ zu ergreifen, wie jüngere Ärzten sowie Ärztinnen für die Kammer- und Gremienarbeit gewonnen werden könnten.

aerzteblatt.de

Für die haupt- und ehrenamtlichen Gremien der Krankenkassen erklärte die **Vorsitzende des GKV-Spitzenverbands Doris Pfeiffer**, dass es im ehrenamtlichen Verwaltungsrat einen Frauenanteil von 15,4 Prozent gebe. „Das ist kein Zufall, da das Ehrenamt oft ein Zeitproblem für viele Beteiligte ist.“

Im Vorstand des Krankenkassenverbandes gebe es ab dem 1. Juli mit Stefanie Stoff-Ahnis eine zweite Frau, so Pfeiffer. In der zweiten Führungsebene unterhalb des Vorstandes seien von 14 Führungskräften drei Frauen, was einem Anteil von 21,3 Prozent entspreche.

„Wir sind auf einem guten Weg, aber das kann noch besser werden“, sagte sie. Im Verband würden Stellenbesetzungen nach dem Bundesgleichstellungsplan behandelt, erklärte Pfeiffer. Außerdem habe der Verband ein Eltern-Kind-Arbeitszimmer für Betretungsnotfälle eingerichtet. Pfeiffer machte deutlich, dass das Thema Vereinbarkeit auch bei jungen Männern ein wichtiges Thema werde.

Strukturkorrekturen notwendig

Für strukturelle Änderungen für Frauen in der ehrenamtlichen Gremienarbeit plädierte Barbara König von der Gewerkschaft Verdi. Frauen stellten sich für ehrenamtliche Tätigkeiten in vielen berufsbezogenen Gremien nicht zur Verfügung, da oft das Zeitbudget dafür fehle. Daher forderte sie eine Pflicht zur Freistellung durch den Arbeitgeber. Sie zeigte sich überzeugt, dass dadurch mehr Frauen für die Tätigkeit gewonnen werden könnten.

Dem schloss sich auch Anke Lesinski-Schiedat, ärztliche Leiterin am Deutschen Hörzentrum in Hannover an der Medizinischen Hochschule, an. Die Freistellung könne auch in anderen Berufen an beispielsweise das Schöffengericht angepasst werden. Die ehrenamtlichen Richter müssten ebenfalls von ihren Arbeitgebern für die Mitwirkung am Gericht freigestellt werden. „Wir brauchen diesen nächsten Schritt der Ärztinnen in die nächste Ebene. Und dafür braucht es eine frühe Karriereplanung, mehr Mentoringprogramme und Vorbilder“, so Lesinski-Schiedat, die auch die erste Landesvorsitzende des Hartmannbundes Niedersachsen ist.

Diese Rahmenbedingungen sollten verstärkt in den Blick genommen werden, dafür plädierte auch der Einzelsachverständige Winfried Kluth, Professor für Öffentliches Recht an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Er forderte aber auch dazu auf, die themati-

schen Zusammenhänge und Notwendigkeiten, warum mehr Frauen in den Gremien vorhanden sein sollten, deutlicher herauszustellen.

Dazu müsse es mehr empirische Untersuchungen geben, „welche Themen dann wirklich spezifisch Frauen interessieren“. Dies müsse vor allem bei der Diskussion um Quoten besser definiert werden, hier sieht Kluth eine argumentatorische Lücke: „Ist der weibliche Blick auf Sachverhalte ein sachlicher Grund, ein Quorum anzulegen?“, fragte der Rechtswissenschaftler und beantwortete seine Frage mit: „Diese Art der Ausgestaltung ist nicht tragfähig.“

Eine Ergebnisfrage

Demgegenüber erklärte die Einzelsachverständige Antje Kapinsky von dem Bündnis Spitzenfrauen Gesundheit, es bestehe dringender Handlungsbedarf,

mehr Frauen in die Gremien zu entsenden. In Krankenhäusern und Arztpraxen, bei Krankenkassen und Institutionen seien Frauen zahlenmäßig stark vertreten, jedoch würden Führungspositionen in den Organisationen und Gremien des Gesundheitswesens überwiegend von Männern besetzt.

In wissenschaftlichen Studien werde der Zusammenhang zwischen dem Frauenanteil in entscheidenden Positionen und den medizinischen Entscheidungen klar belegt. Eine stärkere Beteiligung von Frauen führe zu signifikant besseren Ergebnissen.

Zu den besseren Ergebnissen gehörten auch die Erkenntnisse aus der Gendermedizin, erklärte Christiane Groß, Präsidentin des Deutschen Ärztinnenbundes, in der Anhörung. „Frauen und Männer werden anders behandelt, und Frauen

und Männer sind anders in der Versorgung.“

Kritisch merkte die gesundheitspolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Karin Maag, an, dass die Deutsche Krankenhausgesellschaft ihre Teilnahme an der Anhörung abgesagt habe. Sie verstehe die Anwesenheit der anderen Organisationen als Wertschätzung für das Thema.

Inwieweit die Anhörung der Grünenfraktion in die weitere Gesetzgebung aufgenommen wird, blieb nach der Anhörung unklar. Im Referentenentwurf zum Faire-Kassenwahl-Gesetz ist ein Passus zu einer paritätischen Besetzung des GKV-Verwaltungsrates enthalten. © bee/aerzteblatt.de

Abbildung:

Hanna - stock.adobe.com.

Seite: 003 bis 003
 Quellrubrik: Nachrichten

Jahrgang: 2019
 Nummer: 24

Männer, die auf Quoten starren

Bundestagsanhörung: Frauen in Führungspositionen im Gesundheitswesen

Es gibt Frauen in den Führungspositionen im Gesundheitswesen. Dr. Doris Pfeiffer ist Vorstandsvorsitzende des GKV-SV, Dr. Ute Maier ist Vorsitzende des Vorstands der KZVBW, Ulrike Elsner ist Vorstandsvorsitzende des vdek. Sicherlich gibt es noch etliche mehr. Interessierte Leser finden sie beispielsweise unter #SpitzenFrauen-Gesundheit. Aber wenden wir uns nun der Realität zu. Schauen wir in die Vorstandsetagen der KZVen und der KZBV: 6,25 Prozent Frauenanteil. Der Anteil Frauen unter den niedergelassenen Zahnärzt-Innen beträgt gut 39 Prozent – bei den unter 35-Jährigen sind es 62 Prozent. Mehr als die Hälfte der Patienten sind Frauen.

Folgerichtig haben Bündnis 90/ Die Grünen einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht der da lautet: „Mehr Frauen in Führungspositionen zur Organisation des Gesundheitswesens“. Hier wird konstatiert, dass es notwendig sei, „die Wahrung der Interessen von weiblichen Versicherten und Beschäftigten im Gesundheitswesen auch durch eine angemessene Repräsentanz in den Führungsstrukturen der Selbstverwaltung sicherzustellen“. Oha. Hier verfinstern sich die ersten Mienen. Man habe nichts gegen Frauen, man sei ja offen, Frauenquote degradieren Frauen. Zu diesem Antrag der Grünen gab es am 5. Juni 2019 eine öffentliche Anhörung im Bundestagsausschuss für Gesundheit. Das Ergebnis der Anhörung fasst die Bundestagsverwaltung unter dem Titel „Höherer Frauenanteil in der Führung der Selbstverwaltung befürwortet“ zusammen. Schlechterdings kann Mann sich auch nicht offen dagegen aussprechen. Schauen wir uns die Stellungnahmen der Sachverständigen genauer an, ist die Zustimmung nicht ganz so offenkundig.

Nehmen wir den männerdominierten Arbeitgeberverband BDA, der mit dem Klassikerargument aufschlägt: „Ein möglichst repräsentatives Verhältnis von Frauen und Männern ist wünschenswert, darf aber auch nicht erzwungen werden. Gegen Geschlechterquoten spricht generell, dass durch sie ein besser geeigneter Kandidat beziehungsweise eine besser geeignete Kandidatin allein wegen des Geschlechts nicht genommen werden kann.“ Das alte Der-Markt-wird-es-richten-Argument. Deshalb fahren heute nur umweltfreundliche Autos durch die Gegend. Zwinkersmiley.

Die Stellungnahme der KZBV hat in weiten Teilen das Profil eines Schwamms, endet aber mit dem erstaunlichen Satz: „Die Einführung einer Frauenquote für Führungspositionen sollte aus Sicht der KZBV Ultima Ratio für den Fall sein, dass die vielfältigen Maßnahmen der Selbstverwaltung, die auf allen Ebenen ergriffen werden, nicht zum gewünschten Erfolg führen.“ Erkennbar sind diese „vielfältigen Maßnahmen“ von außen eher nicht so – außer dem „Zahnärztinnentag“ der KZVWL. Aber immerhin werden für die Vertreterversammlung im November „erste Arbeitsergebnisse“ angekündigt. Wir dürfen gespannt sein.

Etwas feinsinniger sind dagegen die Stellungnahmen der weiblichen Sachverständigen. Antje Kapinsky, von der Kampagne SpitzenFrauen-Gesundheit: „Es besteht dringender Handlungsbedarf, da es im Gesundheitswesen immer noch eine große Diskrepanz gibt zwischen dem Anteil der Frauen in der Gesundheitsversorgung und ihren Einflussmöglichkeiten auf die Strukturen und Rahmenbedingungen.“

Peng. Das ist noch höflich formuliert. Ein Finger in der Wunde, darf auch

mehr weh tun. Den hellstichtigsten Satz formuliert aber Prof. Dr. Clarissa Kursescheid vom Vorstand der Healthcare Frauen e.V.: „Dies bedeutet eine strukturelle Diskriminierung von Frauen, da Familienarbeit immer noch allzu sehr als Frauenarbeit gesehen wird und Führungskräfte als voll verfügbar angesehen werden.“ Wir richtig sie damit liegt, zeigt ein einziger Satz aus der Feder des BDA: „Damit mehr Frauen in die soziale Selbstverwaltung kommen, ist es vor allem wichtig, dass die damit verbundene Gremienarbeit zeitlich nicht überfordert und damit auch neben Beruf und Familie möglich ist.“ Das Frauchen darf nicht überfordert werden, wenn es nach Arbeit, Kinder, Kochen, Mann-die-Pantoffeln-Bringen auch noch in der Selbstverwaltung tätig wird. Willkommen in den 1950er-Jahren. Klare Worte: Wir haben ein strukturelles Problem, das nicht nur das Gesundheitswesen betrifft. Diejenigen, die derzeit in Entscheidungsfunktionen sitzen, sind mit einer Welt konfrontiert, die zunehmend jung und weiblich ist. Die im Internet lebt. Die andere Wertvorstellungen hat. Und das ist auch gut so. Wir müssen weg von dieser Gerhard-Schröder-Frauen-und-Gedöns-Mentalität.

Führung bedeutet nicht 24/7-Verfügbarkeit und -Kontrolle. Und Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist kein Frauenthema. Wenn es doch so scheint, liegt es an ungleichen Gehältern, die junge Familien in klassische Geschlechterrollen treibt. Politik – Berufs- und Standespolitik – darf nicht bei 60+ aufhören. Auf einem Plakat einer #fridaysforfuture-Demonstration stand: „Nehmt uns endlich ernst, sonst kürzen wir Euch die Rente“.

Dr. Helge David

